

Der BK kündigt an, er werde zu diesem Themenkomplex in seiner bevorstehenden Harvard-Rede<sup>11</sup> Stellung nehmen.

Im übrigen wolle Staatspräsident Mitterrand die fortdauernde US-Präsenz in Europa noch aus einem weiteren wichtigen Grunde: Die Deutschen würden auch künftig keine Atomwaffen haben, und F wolle mit dieser Waffenkategorie nicht allein dastehen – die britischen Atomwaffen seien hier keine ausreichende Begründung.

Nicht zuletzt müsse er – der BK – darauf hinweisen, daß die europäische wirtschaftliche Integration schnell fortschreite, in der politisch-militärischen aber noch viel zu tun sei. Das Dummste, was man jetzt machen könne, sei, die Amerikaner herauszudrängen – dies werde mit ihm auf keinen Fall stattfinden. Gerade deshalb lege er großen Wert darauf, auch die kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen über den Atlantik zu verstärken (Exkurs: hochrangige Austauschprogramme).

Abschließend erklärt der BK, er sei hinsichtlich der weiteren Entwicklung optimistisch. Wie der jüngste Tarifabschluß in der Metallindustrie (+ 6%, Perspektive der 35-Stunden-Woche) zeige, seien wir „ein armes Land“: Im kommenden Sommer würden 26 Mio. Bundesbürger ihren Urlaub im Ausland verbringen – und ab 2. Juli könnten dies auch die Deutschen in der DDR!

Der BK bittet B. erneut, dem Präsidenten seine herzlichsten Grüße zu übermitteln. Er sehe dem verabredeten Treffen am 16./17. Mai<sup>12</sup> mit großer Erwartung entgegen.

*Kaestner*

### Nr. 267 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Außenminister Schewardnadse Bonn, 4. Mai 1990

BK, 213 – 30105 S 25 So 16, AM Schewardnadse, 4.5.1990. – Vermerk des VLR I Kaestner, 7. Mai 1990. VS-NfD. – Mit Vorlage des MD Teltschik über Chef BK an den Bundeskanzler – je gesondert: „Hiermit lege ich Ihnen mit der Bitte um – Genehmigung – einen Vermerk über das o.a. Gespräch sowie einen gesonderten Vermerk zu finanziellen Fragen vor. Ihren Weisungen entsprechend habe ich Herrn Bundesminister Genscher bereits mündlich vorab unterrichtet.“ Hs. vermerkt: „Teltschik erl. K[ohl]“. – Gesprächsdauer: 14.10 bis 15.20 Uhr.

#### Gesprächsteilnehmer auf sowjetischer Seite:

- Außenminister Eduard Schewardnadse
- Botschafter Julij Kwizinskij
- Iwan Kurpakow (Dolmetscher)

#### Gesprächsteilnehmer auf deutscher Seite:

- AL 2
- RL 212 (Note taker)
- VLR Hermann Scheel (Dolmetscher)

Der Bundeskanzler (BK) begrüßt Außenminister Schewardnadse (Sch.) und betont seine Genugtuung über dieses Gespräch – gerade in dieser Zeit müsse man sehr engen Kontakt halten. Sch. möge, wenn er in Westeuropa sei, Bescheid geben, damit man sich sehen könne. Der BK fährt fort, er hoffe, auch mit dem Präsidenten bald wieder zu einem ausführlichen Gespräch zusammentreffen zu können, ganz außerhalb des Protokolls.

11 Rede des Bundeskanzlers Kohl an der Harvard University, 7. Juni 1990, in: Bulletin. Nr. 74. 13. Juni 1990, 641–644.

12 Nr. 281.

1990 sei ein wichtiges Jahr. Im letzten Sommer habe man in den deutsch-sowjetischen Beziehungen einen guten Anfang gesetzt, und es wäre gut, ihn weiterzuentwickeln, auch in der Perspektive eines vereinigten Deutschlands. Er habe mit Botschafter Kwizinskij darüber schon einen Meinungsaustausch gehabt.<sup>1</sup>

#### Litauen

Bevor er sich anderen Themen zuwende, wolle er ganz offen und undiplomatisch Litauen ansprechen. Die Medien hätten aus dem gemeinsamen Brief, den er mit Staatspräsident Mitterrand geschrieben habe,<sup>2</sup> ein Vermittlungsangebot gemacht. Dies sei weder aus dem Text herauszulesen, noch sei es seine Absicht.

Er habe über diese Frage mehrfach mit Präsident Bush, der sich im Senat starkem Druck ausgesetzt sehe, telefoniert und dabei Einverständnis festgestellt, daß unser Interesse sein müsse, die Dinge zu beruhigen. Dies gehe nur mit Dialog, nicht mit Ultimaten. Wir wollten keine Scharfmacher sein. In dieser Richtung versuche er in den USA einzuwirken, dies sei der Sinn seines gemeinsamen Briefs mit Staatspräsident Mitterrand, und im gleichen Sinn habe er auch im Deutschen Bundestag verhindert, daß die Frage prominent angesprochen wird. Kurzum, wir wollten nichts tun, was die Lage erschwert. Wenn Sch. den Eindruck habe, daß er – der BK – in aller Diskretion etwas Hilfreiches tun könnte, dann möge er dies heute oder später mitteilen. Er wisse sehr wohl, daß die SU ein großes souveränes Land mit Autorität und Prestige sei und man deshalb hinsichtlich der psychologischen Seite sehr vorsichtig sein müsse. Andererseits halte er das bilaterale Verhältnis – und auch das persönliche mit Sch. – für so gut, daß man offen darüber reden könne.

Sch. dankt für die Gelegenheit zu diesem Gespräch trotz des angespannten Zeitplans und übermittelt herzliche Grüße von Präsident Gorbatschow – zu evtl. Kontakten wolle er später mehr sagen.

Der BK bittet, die Grüße zu erwidern.

Sch. betont zum Thema Litauen, die SU habe auf den gemeinsamen deutsch-französischen Brief nicht empfindlich (übersetzt: schmerzhaft) reagiert. Man zweifle nicht, daß der Bundeskanzler ehrlich bemüht sei, sowohl dem litauischen Volk als auch der sowjetischen Führung zu helfen, diese Situation zu regeln.

Dieselbe Frage wie der BK hätten auch Präsident Bush und Außenminister Baker gestellt – und die sowjetische Führung habe niemandem gesagt, dies wäre nicht seine Angelegenheit, oder sich Einmischung in die internen Angelegenheiten verboten. Denn man wisse: Destabilisierung in jener Region könnte auch Destabilisierung der SU bedeuten, insbesondere vor dem Hintergrund der Veränderungen in Osteuropa. Deshalb habe man Verständnis für die Besorgnis des Bundeskanzlers und anderer ausländischer Persönlichkeiten. Alle seien an der Bewahrung der Stabilität in Europa dringend interessiert.

Der BK pflichtet nachdrücklich bei.

Sch. fährt fort, die SU sei für Dialog. Sie könne aber nicht umhin, ihre Verfassung zu verteidigen. Auch der BK könne seine Verfassung nicht außer acht lassen, gleiches gelte für die USA und für jeden zivilisierten Staat.

Auch könne man nicht zulassen, daß die Union, an der jahrzehntelang gebaut worden sei, zerstört werde. Das litauische Volk berufe sich auf Selbstbestimmung – dies sei Teil der sowjetischen Verfassung, und diese sehe einen legitimen Weg der Ausübung vor. Erforderlich sei sehr ernstes, ausgewogenes Herangehen. Leider habe man die sowjetische Führung vor vollendete Tatsachen gestellt – und dies wenige Tage vor der Sitzung des Kongresses der Volksdeputierten, der dann auch prompt dem Präsidenten ein nachdrückliches Mandat er-

1 Nr. 253.

2 Nr. 257 Anm. 3.

teilt habe, die Dinge wieder in Ordnung zu bringen und die Geltung der Verfassung durchzusetzen.

Nun habe es von litauischer Seite unterschiedliche Versprechungen und Erklärungen gegeben. Man habe über „Entscheidungen einfrieren“, „Dialog aufnehmen“, „Wirkung der Parlamentsbeschlüsse einstellen“ gesprochen – aber nichts Konkretes getan.

Was müsse man nun weiter tun? Zunächst dem Volk zu verstehen geben, daß diese Aktionen verantwortungslos waren. Dies werde im übrigen bereits zunehmend eingesehen.

Gewalt werde die sowjetische Führung nicht anwenden, zum Dialog sei sie jederzeit bereit. Wenn das Volk von Litauen sein Selbstbestimmungsrecht ausüben wolle – dann gebe es dafür einen Mechanismus einschließlich eines Referendums. Man müsse die Dinge auf gesetzmäßigem Wege und in zivilisierter Weise angehen.

Er sage offen: Die SU sei ein multinationaler Staat. Es gebe 15 Republiken, die nach der sowjetischen Verfassung souverän seien. Deshalb könne die sowjetische Führung diese Frage (Litauen) nicht leichthin behandeln, denn sie trage Verantwortung vor dem eigenen Volk. Gerade in der jetzigen Etappe der Entwicklung der Menschheit und der Gesellschaft trage die SU ihren Teil der Verantwortung – und deshalb müsse man die Einheit und Stärke der SU hüten.

Der BK dankt für diese offenen Worte – er glaube, daß Sch. auch seine Politik verstanden habe. Er fragt, ob es in Litauen nicht Leute gebe, die für eine vernünftige Lösung eintreten. Sch. bejaht dies. Es gebe ernsthafte Leute, die für Selbständigkeit und Souveränität einträten und die Lösungen im Rahmen der Vernunft suchten. Die sowjetische Gesetzgebung erlaube ein differenziertes Herangehen im Fall jeder einzelnen Republik.

#### Stand der Perestroika

Das Problem stehe auch im engen Zusammenhang mit dem Stand der Perestroika, der Erneuerung der Gesellschaft und der Einführung des politischen Pluralismus. Dies alles habe heftige Reaktionen in der SU ausgelöst. Viele applaudierten, viele meinten aber auch, daß die Führung den Sozialismus begraben und die internationale Arbeiterklasse verraten habe. Es gebe Rechte – Linke – Konservative. In den einzelnen Republiken entstünden 10 oder 100 verschiedene politische Gruppierungen.

Vor diesem Hintergrund, wo das Schicksal der Perestroika und der Demokratisierung entschieden werde, könne man Handlungen wie die in Litauen nicht anders als verantwortungslos charakterisieren. Er betone aber erneut: Man sei für Dialog.

Der BK fragt, welche Chancen der Lösung er sehe.

Sch. antwortet, es gebe in Litauen auch vernünftige Kräfte und das Volk beginne zu denken. Man müsse Geduld und Ausdauer haben, sowohl in der SU wie im Westen. Dort rede man jetzt von einer „Blockade“: Dabei gebe es Lieferbeschränkungen nur einiger Produkte, alles andere werde geliefert, auch aus anderen Unionsrepubliken, und das Zentrum befürworte solche Lieferungen. Man werde niemanden hungern lassen, denn es gehe um einen Teil des sowjetischen Volkes. Kurzum: Er sei zuversichtlich, daß man eine Lösung finden werde.

Der BK hofft, daß dies gelingen möge. Er sei sich in diesem Wunsch mit nicht wenigen im Westen einig und erneuere sein Angebot, wenn dies gewünscht werde, hilfreich zu sein. Er wolle auch, daß die Perestroika insgesamt erfolgreich sei, und zwar auch mit den jetzigen Führungspersönlichkeiten!

Sch. erwidert, wenn die Perestroika keinen Erfolg habe, dann werde es entweder totale Anarchie geben – und das Volk werde dies nicht zulassen –, oder es komme ein neuer Diktator – das Volk werde rufen, man brauche eine starke Hand. Er – Sch. – stelle diese Prognose mit aller Verantwortung.

Der BK wirft ein, von beidem habe man in Europa für die nächsten 100 Jahre genug.

Sch. stimmt lebhaft zu. Gerade deshalb habe man die Perestroika und die Demokratisierung eingeleitet – sie sei die einzige Alternative für die Entwicklung der Gesellschaft.

#### Deutsch-sowjetische Beziehungen

Der BK bezeichnete es als besonders wichtig, im Zusammenhang mit dem Weg zur deutschen Einheit die Frage der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der SU sowie der DDR und den anderen RGW-Staaten anzusprechen. Er wolle nicht die politischen Geschäfte der DDR wahrnehmen, aber beide – er und Sch. – kennten die Realität: Auch für diese Wirtschaftsbeziehungen komme auf die jetzige Bundesrepublik Deutschland in einem wiedervereinigten Deutschland eine besondere Verantwortung zu. Deshalb biete er an, ungeachtet der Gespräche SU-DDR und ungeachtet der Zuständigkeit der DDR-Regierung, die er nicht übergehen wolle, auch bilateral mit der SU über diesen Themenkreis zu sprechen. Im übrigen glaube er, daß die DDR-Regierung es begrüßen werde, wenn er – der BK – diese Frage mit betreibe. Er rede bewußt von sich selbst: Denn er halte diese Fragen für das zukünftige Klima zwischen beiden Ländern für so wichtig, daß er sich – zusätzlich zu den Bemühungen der Experten und den Zuständigkeiten der Bundesregierung insgesamt – auch persönlich darum kümmern werde.<sup>3</sup>

Er habe mit Botschafter Kwizinskij bereits über die Notwendigkeit gesprochen, sich über die langfristigen Aussichten der Beziehungen zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und der SU Gedanken zu machen.<sup>4</sup> Dabei wäre er sehr froh, wenn man – pathetisch gesagt – ein „Gesamtwerk“ fertigtbringen könnte, in dem die Wirtschaftsfragen mit eingeschlossen seien, wo man sich aber nicht nur mit der Vergangenheit beschäftige, sondern auch nach vorn sehe. Vielleicht könne man auch alle vorhandenen Verträge einbringen. Natürlich gelte der Moskauer Vertrag mit Ausnahme eines Punktes, über den die Geschichte hinweggegangen sei – aber in diesem Jahrzehnt, das zum Ende des Jahrhunderts führe, sollte man noch einmal einen großen Wurf machen. Dies sei – offen gesagt – sein Ehrgeiz. Man könne bereits jetzt die Dinge überlegen, und eine gesamtdeutsche Regierung könne dann einen Vertrag unterschreiben und ratifizieren.

Sch. pflichtet bei.

Der BK fährt fort, die gesamtdeutsche Regierung und das gesamtdeutsche Parlament würden als eines der ersten Dinge auch das Thema Oder-Neiße-Grenze endgültig regeln. Dies aber sei wiederum ein „Gestern“. Im Verhältnis des wiedervereinigten Deutschlands zur SU solle man demgegenüber mit etwas Neuem, Weitertragendem beginnen.

Sch. dankt und pflichtet bei. Den Bericht Botschafter Kwizinskij über das genannte Gespräch mit dem BK habe er mit großem Interesse gelesen und auch Präsident Gorbatschow zugeleitet. Man habe die tiefgreifenden Überlegungen sehr sorgfältig studiert und sei zum Schluß gekommen, daß der BK diese Frage gerade zum rechten Zeitpunkt aufgeworfen habe.

3 Im Auftrag Außenminister Schewardnads übergab Botschafter Kwizinskij Ministerialdirektor Teltschik am 5. Mai 1990 ein Papier (Inoffizielle Übersetzung, hs. datiert „5-5-90“ und von Bundeskanzler Kohl vermerkt: „Teltschik Persönlich!“; BK, 213 – 30130 S 25 So 38 Bd. 1), in dem die Regierung der UdSSR „in den Bank- und Geschäftskreisen des Westens“ auftauchende „Gerüchte über die Zahlungsunfähigkeit der Sowjetunion“ ansprach. Diese Gerüchte würden „durch die Unausgewogenheit in den Verrechnungen der Sowjetunion in frei konvertierbarer Währung, durch den Zahlungsverzug seitens einiger sowjetischer Betriebe und Vereinigungen verursacht“. Die „Wneschekonombank“ erfülle zwar „rechtzeitig ihre Verpflichtungen im Bereich der Rückzahlung der Kredite und der Zinsenzahlung“, jedoch werde es für die UdSSR „immer schwieriger, die Mittel der ausländischen Banken heranzuziehen, die für die Abdeckung der Bedürfnisse des Planes des Jahres 1990 und der Wirtschaftsreform erforderlich sind“. Die Lage könnte, hieß es weiter, „durch ein Eingreifen seitens der Regierungen der EG-Länder und in erster Linie offenbar seitens der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, möglicherweise Großbritanniens, verbessert werden. Die Erteilung von staatlichen Garantien würde ohne Zweifel den Banken einen Anstoß geben, ihre jetzige zurückhaltende Position zu ändern und die Finanzkredite zu gewähren.“ Genannt wurde ein „Gesamtbetrag von ca. 20 Mrd. DM für 5 bis 7 Jahre“. „Unter Berücksichtigung der Meinung der BRD in dieser Frage“, so in dem Papier abschließend, „könnte eine entsprechende Bitte auch an die Regierungen einiger anderer EG-Länder gerichtet werden.“ Dazu: Teltschik, 329 Tage, 220f., 226f.

4 Nr. 253.

Die Welt verändere sich, Europa verändere sich, und man hoffe, daß alles glatt und stabil verlaufe. Aber andere Varianten der Entwicklung seien nicht ausgeschlossen, und gerade dafür brauche man um so mehr Sicherheitsgarantien.

Da der BK die Frage vor dem Hintergrund eines künftigen vereinten Deutschlands gestellt habe, wolle er klarstellen: Die sowjetische Führung sehe den Aufbau der deutschen Einheit als positiven und gesetzmäßigen Prozeß. Natürlich gebe es Zweifler, insbesondere noch Angehörige früherer Generationen, die dies anders sähen. Die Einheit Deutschlands müsse zum Faktor der Stabilität und des Friedens in Europa werden. Bereits früher habe man den Satz gesagt: Von deutschem Boden darf nie mehr Krieg ausgehen.

Aber Gefahren könnten auch von einem anderen Land ausgehen. Deshalb könnten zwei traditionelle (übersetzt: Groß-)Mächte wie die SU und das vereinigte Deutschland nicht umhin, die Prozesse in der Welt und in Europa zu berücksichtigen.

Die SU gehe davon aus, die Beziehungen mit einem vereinigten Deutschland auf einer soliden und ernsthaften Grundlage aufzubauen. Vom „alten Gepäck“ müsse man alles Positive und Ernsthafte mitnehmen – und er sei keineswegs dagegen, die völkerrechtliche Grundlage zu erneuern.

Der BK ist einverstanden. Man könne über einen umfassenden Vertrag nachdenken.

Sch. berichtet vom ZK-Plenum vom Jahresanfang, bei dem der Führung vorgeworfen worden sei, sie habe die DDR verloren, dies sei ein negativer Faktor für die strategischen Interessen der SU. Diese Beschuldigungen seien nicht ohne Grund. Andererseits – so habe er dort verdeutlicht – müsse man auch das Positive sehen: den Bau der Beziehungen zu einem vereinten Deutschland auf neuer Grundlage, einschließlich der Wirtschaftsbeziehungen. Daran sei die sowjetische Führung sehr interessiert. Aber die Dinge bewegten sich nur mit Mühe und Not.

Vor diesem Hintergrund sei es nicht möglich, die mit der DDR in Jahrzehnten gewachsenen Wirtschaftsbeziehungen einfach abzubrechen – dies wäre auch für die DDR eine Katastrophe (Exkurs: Umfang der sowjetischen Energielieferungen, DDR-Waren zum Teil auf Weltmarkt nicht konkurrenzfähig).

Der BK betont, auch angesichts der Fülle der Probleme dürfe man nicht übersehen, daß es um eine geschichtliche Stunde gehe und daß man Außenpolitik nicht im Zeitrahmen des deutschen Rechnungshofs – vom 1. Januar – 31. Dezember eines Jahres – betreiben könne. Natürlich sei er dafür, die bestehenden wirtschaftlichen Verbindungen DDR-SU zu erhalten, und für die SU sei es auch kein Nachteil, wenn sie Waren höherer Qualität erhalte (Exkurs: Wiedergutmachung an Israel – Begründung dauerhafter Lieferbeziehungen).

Der BK fährt fort, ihm gehe es natürlich in erster Linie darum, im Blick auf die deutsche Einheit die zwischen DDR und SU bestehenden Wirtschaftsfragen lösen zu helfen. Aber man dürfe nicht zu kurzichtig sein und müsse die nächste Stufe bereits jetzt mit bedenken.

Sch. pflichtet bei, man dürfe nicht nur an morgen denken, sondern müsse strategisch-langfristig planen. Gerade deshalb begrüße er die Konzeption des BK.

#### Gipfeltreffen BK – Gorbatschow

Sch. fährt fort, die Erwägungen des BK über ein baldiges Treffen und Gespräch mit dem Präsidenten und Generalsekretär würden von Gorbatschow voll und ganz geteilt. Ein Termin im Frühherbst sei durchaus annehmbar – vielleicht aber mit Rücksicht auf die Entwicklung der Ereignisse auch früher. Auf jeden Fall solle es eine Arbeitsbegegnung werden, nicht unbedingt in Moskau, sondern – wie mit Staatspräsident Mitterrand – in Kiew oder in Minsk oder aber in Genf. Wegen bereits feststehender Gipfelbegegnungen im Vorfeld des Parteitages<sup>5</sup> wäre dieser Zeitraum allerdings kaum geeignet. Vielleicht aber dann im Juli ...

5 Nr. 350 Anm. 4.

Der BK betont, dies alles sei für ihn kein Dogma, er bitte, dem Präsidenten sein Interesse an einer baldigen Begegnung zu übermitteln – einen Termin werde man finden. Für ihn sei entscheidend, daß die sowjetische Führung wisse, was er wolle – nämlich aus dem, was sich jetzt ereigne, etwas Positives für die Zukunft zu gestalten. Gerade bei einem informellen Treffen könne man darüber eine Generaldiskussion führen, wie ein solches Gebäude (der deutsch-sowjetischen Beziehungen der Zukunft) aussehen könnte. Dann könne man die Gedanken bis zur Herstellung der deutschen Einheit aufbewahren und sodann einen Vertrag machen. Sein grundsätzliches Interesse – auch vom Psychologischen her – sei es, zum 31. Dezember 1992 – bis dahin werde es nach seiner Überzeugung ein wiedervereinigtes Deutschland geben – nicht nur den großen europäischen Markt mit aus der Taufe zu heben, sondern gleichzeitig auch zu verhindern, daß in Moskau der Eindruck entstehe, Deutschland zeige der Sowjetunion die kalte Schulter. Deshalb müsse es parallel zur europäischen eine andere Entwicklung geben, die den Menschen in Deutschland und in der Sowjetunion verdeutliche, daß tatsächlich ein neues Kapitel aufgeschlagen werde, und in wirtschaftlicher Hinsicht sehe es das Volk am ehesten.

Sch. pflichtet bei: Das Gegeneinander beider Völker sei uns sehr teuer zu stehen gekommen. Man könne nicht ernsthaft über die Lösung der europäischen und der Weltprobleme reden, wenn man nicht auch zu einer Verständigung in den Beziehungen zwischen Rußland und dem vereinigten Deutschland komme. Man kenne das Potential des eigenen Landes und des vereinigten Deutschlands sehr gut, und deshalb sei jetzt zum richtigen Zeitpunkt die Frage aufgeworfen, wie man ein dauerhaftes Fundament legen könne.

Der BK fährt fort, dazu gehöre auch, daß die Sowjetunion die jetzt diskutierten wirtschaftlichen Reformschritte auch umsetze. Dies werde der Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen nur zugute kommen.

Sch. pflichtet lebhaft bei. Alle Kanäle seien jetzt in der SU ganz offen. Nur die Leute hätten noch psychologische Anpassungsschwierigkeiten an die Bedingungen der Umgestaltung. Perestroika sei ein mühsamer Erziehungsprozeß.

Was die Gipfelbegegnung angehe – so Sch. weiter –, so werde man in Kontakt bleiben.

Der BK wirft ein, man werde hierzu der Presse nichts sagen, sondern als Gesprächsgegenstand „alle Fragen gemeinsamen Interesses“ angeben.

Sch. fährt fort, die deutsch-sowjetische Verständigung dürfe nicht den Interessen dritter Länder zuwiderlaufen, weder in Europa noch in der Welt, einschließlich der Entwicklungsländer. Beide Länder sollten vielmehr zu Stabilität und Frieden in der Welt beitragen.

Der BK pflichtet lebhaft bei.

#### 2+4-Gespräche

Sch. verdeutlicht dann mit Blick auf die morgigen Ministergespräche im 2+4-Rahmen<sup>6</sup> die sowjetische Haltung, die auch Präsident Gorbatschow persönlich bekräftigt habe: Die Sowjetunion könne nicht die Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands in der NATO unterstützen. Er hoffe, damit keine Enttäuschung auszulösen. Auch schließe er nicht aus, daß man einen Kompromiß suchen und finden werde. Aber es müsse eine Entscheidung sein, die von allen Völkern, einschließlich dem sowjetischen, gebilligt werden könne. Nicht zufällig habe er davon gesprochen, daß das vereingte Deutschland ein Faktor der Stabilität und des Friedens sein müsse.

Der BK stellt fest, hier gebe es unterschiedliche Positionen, über die man offen reden müsse. Er schlage vor, in den kommenden Wochen und Monaten – ungeachtet der Ministerkonferenzen – auch bilateral an diesem Problem zu arbeiten, so wie er dies bereits mit Botschafter Kwizinskij besprochen habe.

6 Nr. 268.

Sch. schätzt dies hoch ein. Er wolle die Sechs – diesen notwendigen Mechanismus – nicht übergehen, aber auch auf bilateraler Grundlage konsultieren. Vielleicht könne dies die Lösung im größeren Kreise erleichtern.

Der BK und Sch. verabreden sodann, auch die bilateralen Gespräche hinsichtlich der Wirtschaftsbeziehungen DDR-SU zu intensivieren.

Der BK betont hierzu, bei den anstehenden Expertengesprächen werde möglicherweise ein Punkt kommen, an dem man auf dieser Ebene nicht weiterkomme. Dann solle man nicht in Ärger verharren, sondern auf höherer Ebene darüber reden (Exkurs: Verhandlungen VAM Obminskij; künftige Zuständigkeiten von Botschafter Kwizinskij auch für Wirtschaftsfragen).

Sch. verabschiedet sich mit erneutem Dank für das Gespräch, und der BK erneuert seine Grüße an Präsident Gorbatschow.

*Kaestner*

## Nr. 268 Erstes Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier Bonn, 5. Mai 1990

BK, 210 – 33000 De 39 NA 4 Bd. 2. – Vorlage des MDg Hartmann über AL 2 und Chef BK an den Bundeskanzler, 6. Mai 1990. Mit Stempel: Der Leiter des Kanzlerbüros, 7. Mai 1990. Hs. von Bundeskanzler Kohl vermerkt: „erl.“

### Zur Unterrichtung

Das erste Treffen „2+4“ auf Außenministerebene in Bonn legte abschließend die Tagesordnung für die künftigen 2+4-Gespräche fest. Ferner wurde Einigung über Form und Zeitpunkt der Beteiligung Polens an den 2+4-Gesprächen erzielt.<sup>1</sup>

Im Mittelpunkt des Treffens standen jedoch die politischen Erklärungen der Außenminister<sup>2</sup>, wobei AM Schewardnadse insofern für eine Überraschung sorgte, als er erklärte, daß die Regelung der inneren und äußeren Aspekte der deutschen Einheit nicht unbedingt zeitlich zusammenfallen mußte.

Der „Pferdefuß“ seines Vorschlages liegt jedoch darin, daß er auch nach Schaffung eines einheitlichen Parlaments und einer gesamtdeutschen Regierung die Aufrechterhaltung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für eine gewisse Übergangsperiode vorsieht.

Bei erneuter Ablehnung einer NATO-Mitgliedschaft des künftigen geeinten Deutschland enthielt die Erklärung Schewardnadse jedoch den Hinweis, daß man die heute noch kompliziert erscheinenden militärisch-politischen Probleme in einem anderen Licht sehen könne, wenn die – von ihm im einzelnen aufgezeigten – europäischen Sicherheitsstrukturen Wirkung zu entfalten begännen.

1 Bundesminister Genscher gab das Ergebnis der Zwei-plus-Vier-Konferenz in einer mit den Außenministern der Vier Mächte und der DDR abgesprochenen Abschlusserklärung am 5. Mai 1990 vor der Presse in Bonn bekannt (Internationale Pressekonferenz, 5. Mai 1990, 17.00 Uhr. Unkorrigiertes Manuskript, 12 S., hier 1 f.; BPA/PA, F 1/30. Abschlusserklärung veröffentlicht in: Bulletin. Nr. 54. 8. Mai 1990, 423).

2 Eingangserklärung des Bundesministers Genscher, abgegeben auf der Konferenz der Außenminister am 5. Mai 1990 in Bonn, in: Bulletin. Nr. 54. 8. Mai 1990, 422 f. Eingangserklärung des Außenministers Meckel in: Außenpolitische Korrespondenz. 34. Jg. Nr. 13. 7. Mai 1990, 100–102; gekürzt auch in: Europa-Archiv. 45. Jg. (1990) Folge 19, D500-D502. Eingangserklärungen der Außenminister Baker und Dumas ebd., D495-D497, D497-D500. Rede des Außenministers Schewardnadse, TASS/russ./5. 5. 90/1921, in: Ostinformationen. Nr. 86. 7. Mai 1990, 3–11; BPA/PA, F 1/22.